

AK Medienpolitik

Programm 2018

Ziel medienpolitischer Regulierung ist die Vielfaltssicherung. Eine freie, vielfältige und starke Medienlandschaft ist Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats. Im Jahr des Beginns einer neuen Regierung - 2018 - spielt Medienpolitik wieder eine große Rolle. Der Einfluss der Digitalisierung auf die Medien- und Kommunikationslandschaft bestimmt die medienpolitische Debatte. Hier sind großartige Chancen entstanden, die es zu nutzen gilt. In Zeiten der Konvergenz befindet sich der Mediensektor im Wandel. Zu den klassischen Playern der Rundfunklandschaft – also den privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern sowie den Infrastrukturbetreibern – sind vermehrt neue – zum Teil internationale – Anbieter aus dem Bereich der Telekommunikationsindustrie, der Internetanbieter sowie der Endgerätehersteller hinzugetreten. Neue Plattformen verändern den Medienmarkt. All diese Akteure entwickeln neue, teils ergänzende, teils konkurrierende, Erlös- und Geschäftsmodelle und bedienen sich dabei verschiedener Verbreitungstechnologien. Durch die neuen Akteure ändert sich wiederum das Medienökosystem und mit ihm die Wettbewerbsstruktur. Es gilt daher, Rundfunk- und Medienrecht an die neuen Entwicklungen anzupassen. Im engen Dialog mit Ministerien, EU-Kommission sowie den Parlamenten auf Landes-, Bundes- und Europaebene diskutiert der AK Ansätze für ein effektives Zusammenspiel von Selbstregulierung und staatlicher Regulierung. Ziel ist ein Abbau der aktuellen Regulierungsdichte statt einer Ausweitung besonders stark regulierter Bereiche auf bislang wenig regulierte Bereiche, insbesondere des Rundfunkrechts auf Online-Medien. Darüber hinaus bildet der AK Medienpolitik die Schnittstelle zu den Kooperationen des BITKOM zum Freiwilligen Selbstkontrolle Multimediale Dienste-Anbieter e.V. (FSM) sowie zum Projekt „Ein Netz für Kinder“ (www.fragfinn.de).

Themen

- Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags, insbesondere Plattformregulierung
- Mögliche Regulierung von Intermediären
- Reform des dualen Rundfunksystems
- Novelle der Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie
- Reform des Jugendschutzrechts
- Novellierung des Filmförderungsgesetzes
- Evaluierung des Telemedienrechts in Deutschland und Europa, insb. Haftungsregeln für Provider
- Haftung für illegale Inhalte im Netz auf nationaler Ebene, insbesondere durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz
- Regulierung von sozialen Medien
- Fake News, Social Bots
- Reform des Medienkonzentrationsrechts
- Werberegulierung

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Nick Kriegeskotte

Bereichsleiter

Telekommunikationspolitik

T +49 30 27576-224

n.kriegeskotte@bitkom.org

Albrechtstraße 10

10117 Berlin

Judith Steinbrecher, LL.M.

Bereichsleiterin Gewerblicher Rechtsschutz & Urheberrecht

T +49 30 27576-155

j.steinbrecher@bitkom.org

Albrechtstraße 10

10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

AK Medienpolitik: Programm 2018

Seite 2|2

Ziele

- Schaffung eines innovationsfreundlichen, zukunftsfähigen, kohärenten Ordnungsrahmens für Medien und Kommunikation im Zeichen wachsender Konvergenz
- Förderung der Medienkompetenz : eine Demokratie braucht mündige, informierte Bürger
- Versachlichung gesellschaftspolitischer Debatten (z.B. Fake News, Hate Speech, Social Bots)
- Einsatz für eine ausgewogene medienpolitischer Regulierung, die die grundrechtlich geschützte Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit wie auch die unternehmerische Freiheit (Art. 12 und 14 Grundgesetz, Art. 16 EU-Grundrechte Charta) stärkt
- Praxisbezogene Vermittlung von Kenntnissen zu Medienwirtschaft und Technologien

Aktuelle Ergebnisse

- Stellungnahme zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz
- Verfassungsrechtliches sowie europarechtliches Gutachten zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz
- Stellungnahme zum Entwurf des Landes NRW zur Novelle der Plattformregulierung nach dem Rundfunkstaatsvertrag
- Stellungnahme zu den Entwürfen der Rundfunkkommission zur sog. Betrauungslösung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV, zur Ausweitung des Telemedienauftrags sowie zur Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung in den rundfunkrechtlichen Verträgen

Aktivitäten

- Beobachtung und Analyse von Gesetzesvorhaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
- Entwicklung und Veröffentlichung einer jeweiligen Branchenposition zu allen relevanten Themen sowie Teilnahme an Anhörungen
- Projektarbeit in der Kooperationen mit der FSM und fragFINN
- Veranstaltungsorganisation des Bitkom Forums Telekommunikation und Medien
- Mitarbeit in medienpolitischen Expertenkreisen der Parteien, sowie in medienpolitischen Gremien, z.B. zur Vorbereitung des Hamburger Mediendialogs
- Enger Kontakt zu parallelen Gremien des europäischen Verbandes DIGITAL EUROPE und zum BDI

Vorsitzender: Dr. Eva Flecken, Sky Deutschland

Stellvertretende Vorsitzende: Inga Moser von Filseck, Vodafone Kabel Deutschland
Dr. Wolf Osthaus, Unitymedia;
Alexander Scheuer, Deutsche Telekom.

Weitere aktive Mitgliedsunternehmen: 1 und 1, Amazon, Apple, eBay, Facebook, Google, ProSiebenSat1, Samsung, Telefónica Germany, Vodafone Kabel Deutschland, Unitymedia;